

Er scheint 6mal wöchentlich, mit Wochentagsausgaben, Sonntags- und Feiertagsausgaben, sowie den letzten Ausgaben des Monats. Der Preis beträgt 1.20 M. für den Abnehmer, 1.30 M. für den Einzelkäufer. Der Preis für den Abnehmer beträgt 1.20 M. für den Abnehmer, 1.30 M. für den Einzelkäufer. Der Preis für den Abnehmer beträgt 1.20 M. für den Abnehmer, 1.30 M. für den Einzelkäufer.

Verlagssitz: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1. Spalte 20 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 20 J. Die 2. Spalte 15 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 15 J. Die 3. Spalte 10 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 10 J. Die 4. Spalte 5 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 5 J. Die 5. Spalte 3 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 3 J. Die 6. Spalte 2 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 2 J. Die 7. Spalte 1 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 1 J. Die 8. Spalte 1 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 1 J. Die 9. Spalte 1 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 1 J. Die 10. Spalte 1 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 1 J.

Sächsische Volkszeitung

Verlagssitz: Dresden, Neuenstr. 17. Telefon 11012. Postfach 11012. Dresden. Preis 1.20 M. für den Abnehmer, 1.30 M. für den Einzelkäufer. Der Preis für den Abnehmer beträgt 1.20 M. für den Abnehmer, 1.30 M. für den Einzelkäufer.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Küllnau 1, Küllnauerstr. 17, Telefon 11012, um 11012.

Schachts Mahnung

Eine zweite Revisionsrede in Amerika

Newyork, 9. Oktober.

Der frühere Reichspräsident Dr. Schacht nahm heute an einem Essen teil, das der Newyorker Bond-Club ihm zu Ehren veranstaltete. Über 500 Personen aus führenden Bankkreisen waren erschienen, darunter von internationalen Konferenzen her bekannte Persönlichkeiten wie Reynolds und Lammond, ferner der Gouverneur Harrison und der Präsident Case von der Newyorker Federal-Reserve-Bank.

Dr. Schacht führte u. a. aus: Es sei diesmal als Privatmann nach Amerika gekommen, um seine freie Zeit zu einer ausgedehnten Studienreise zu benutzen. Gerne sei er, obwohl Privatmann, der Einladung gefolgt, um auf Wunsch seiner amerikanischen Freunde seine Ansicht über die augenblickliche Lage Deutschlands auszusprechen. Er habe leider feststellen müssen, daß in Amerika im Augenblick ein unbehagliches Gefühl angesichts der deutschen Zukunft herrsche. Wer die geradezu übermenschliche Geduld des deutschen Volkes gegenüber aller wirtschaftlichen Not und außenpolitischen Bedrängnis objektiv beobachtet, könne unmöglich überlaut davon sein, daß ein so rechtschaffenes Volk wie das deutsche seiner Empörung Ausdruck gebe. Daß dies nicht durch Gewalttaten, sondern durch Stimmeln gelte, sei nur ein neuer Beweis dafür, daß das deutsche Volk das am meisten ordnungsliebende der Welt sei.

Es ginge in Deutschland lediglich darum, ob das deutsche Volk genügende Beschäftigung finden könne, um am Leben zu bleiben.

Nach sei die wirtschaftliche Potenz Deutschlands unerschöpflich. Aber die Reserven seien teils durch falsche Finanzpolitik, teils durch die Reparationsaufgebrennung, die nicht aus dem Uberschuß der Wirtschaft, sondern durch Aufnahme neuer Kredite geleistet worden seien.

Im kommenden Winter müsse Deutschland auf eine Arbeitslosenrate von über 4 Millionen Menschen gefaßt sein, ohne dabei auf irgendwelche Finanzreserven zurückgreifen zu können. Die Wahrheit sei nach seiner letzten persönlichen Überzeugung, daß

Deutschland aus eigener Kraft die Annuitäten des Youngplans nicht werde zahlen können.

Es müßte auf Kosten der übrigen Länder sonst keinen Außenhandel fast um die Hälfte steigern. Er glaube nicht, daß die übrigen Völker gewillt seien, Deutschland die Zahlung der Annuitäten dadurch zu ermöglichen, daß sie zu solcher Steigerung des deutschen Warenexports aus eigenen Kosten beitragen. Es könne deshalb nur eine Frage der Zeit sein, wann das Reparationsproblem erneut zur internationalen Diskussion stehe. Er könne sich unter keinen Umständen vorstellen, daß irgendwelche Macht der Welt in der Lage oder auch nur geneigt sei, Deutschlands politischen Schuldverpflichtungen einen Vortrang vor privaten Schuldverpflichtungen zu verschaffen.

Eine Regierung, die etwas Teratimes versuchte, würde selbst jeden Kredit in der Welt verlieren. Wie auch immer das Schicksal der Reparationen sein möge, Deutschland werde keinen seiner ausländischen Geldgeber jemals enttäuschen. Darin sei auch die Younganleihe mit einbezogen, unbeschadet ihres politischen Ursprungs.

Die moralische Kreditwürdigkeit des deutschen Unternehmertums sei unverändert. Der deutsche Kaufmann, der Industrielle, der Landwirt würden keine Schuldverpflichtungen übernehmen, wenn sie nicht der ethischen Ansicht seien, Zinsen und Amortisation aus der Produktion herauswirtschaften zu können. Was aber den Kredit für öffentliche Körperlichkeiten betreffe, so machten sich heute viele Kreise in Deutschland die Kritik zu eigen, die er vom ersten Tage seiner Amtsführung an der öffentlichen Meinung geübt habe. Die Forderung nach Befreiung der öffentlichen Verwaltungswirtschaft und nach finanzieller Ordnung sei das Hauptproblem des Augenblicks.

Dr. Schacht fuhr fort: „Sie werden mich fragen, ob die Abwertung stark genug sein wird, eine solche Politik der finanziellen Ordnung durchzuführen. Ich erwidere darauf, daß uns auch hier das Ausland durch eine gerechtere Behandlung unserer nationalen und moralischen Forderungen helfen könnte. Das deutsche Volk ist im Ganzen genommen viel zu ordnungsliebend, fleißig und ehrenhaft, als daß es den Geist der Unterordnung oder den Bolschewismus zur Herrschaft gelangen lassen wird.“

Aber auch hinsichtlich der Reparationsabmachungen wird Deutschland im Rahmen der abgeschlossenen Verträge bleiben. Der Youngplan sieht eine ökonomische Abwicklung des Reparationsproblems vor, er enthält aber auch alle Möglichkeiten einer Neuverhandlung, wenn die Unmöglichkeit einer strikten Durchführung sich ergeben sollte. Wenn trotzdem eine psychologische Neuverhandlung über das Reparationsproblem in der Welt herrscht, so aus dem Grunde, weil man die Politik des „Self liquidating scheme“ des Youngplans im Gang mit Sanktionen vermindert hat.

In ihren Kommentaren zu der Rede, die der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht gestern im Newyorker Bond-Club gehalten hat, betonen die Newyorkerblätter die Bereitwilligkeit Deutschlands, seinen einseitigen Schuldverpflichtungen zu genügen sowie die Notwendigkeit einer engeren internationalen finanziellen Zusammenarbeit zur Lösung auch der deutschen Wirtschaftsprobleme. Times bringt einen längeren Bericht aus Paris, der in ähnlichem Sinne gehalten ist und demzufolge französische Finanzkreise durchaus geneigt seien, zusammen mit amerikanischen und englischen Banken Schritte zu erwägen, die für Deutschland besonders empfindliche wirtschaftliche Depression erleichtern könnten.

Hochwasser in Westdeutschland

Reißende Fluten überschwemmen das Land

Newyied, 10. Oktober. Durch das Steigen des Rheins um 1,40 Meter seit gestern früh ist das Gelände zwischen der noch nicht fertigen Deichmauer und dem alten Rheinbett vollkommen unter Wasser gesetzt worden. In den Kellern der in der Nähe des Rheins liegenden Häuser steht das Grundwasser einen halben Meter hoch. In Tielich bei Newyied ist die rechtsrheinische Fahrstraße auf einer Strecke von mehreren hundert Metern bereits überschwemmt, so daß der Kraftwagenverkehr zum Teil stillgelegt werden mußte.

Koblenz, 10. Oktober. In Koblenz betrug der Wasserstand heute früh 5,86 Meter bei einem ständigen Steigen von 3 Zentimetern. Man rechnet mit einem weiteren Steigen bis zu etwa 6,20 Meter. Für das Rheingebiet kann voreerst von einem Katastrophenhochwasser keine Rede sein. Deshalb sind für die Rheinschifffahrt vorläufig keine einschränkenden Maßnahmen getroffen worden. Die erste Einschränkung jedoch ist für heute zu erwarten, wenn der Wasserstand in Mainz die 2,75-Meter-Linie überschreitet. Heute früh um 6 Uhr hatte Mainz einen Wasserstand von 2,73 Meter. Die Mosel hatte heute nach ihren Höchststand mit 6,12 Meter bei Trier erreicht. Seitdem fällt sie. In Saarbrücken steigt die Saar räumlich um 4 Zentimeter und hat heute morgen 6 Uhr einen Stand von 5,32 Meter erreicht. Von Saarburg-Vöhringen wird weiteres Fallen gemeldet.

Im Saargebiet hat das Hochwasser katastrophale Ausmaße angenommen. Besonders in den Ortschaften am Unterlauf der Saar hat das Hochwasser schwere Schäden angerichtet. Weiten weit liehen Weiden und Felder unter Wasser, das in einzelnen Ortschaften bereits in die Straßen eingedrungen ist und die unteren Räume der Häuser überflutet. Die Nebenflüsse der

Saar sind ebenfalls stark angeschwollen. Zwischen mehreren Ortschaften ist jeglicher Verkehr auf den Uferstrichen unterbunden. Die Feuerwehrt war überall tätig, um die vom Hochwasser bedrohten Häuser zu räumen und Menschen und Vieh in Sicherheit zu bringen. Der durch Saarburg fließende Leutbach, der am Markt einen sieben Meter hohen Wasserfall bildet, hat die angrenzenden Straßen überflutet und führt Geröll und Fässer mit sich, die mit lautem Krachen gegen die Häuser stoßen.

Saarbrücken, 10. Oktober. In Wittweiler rissen die Fluten die Bodenanlage fort und schwenkten sie gegen die Weiche. In Neukirchen hat die Flut der Mosel einen Umfang angenommen, wie ihn die Stadt noch nie erlebte. Der bisherige Höchststand des Jahres 1918 wurde um 10 bis 15 Zentimeter überschritten. Der ganze Verkehr ist unterbunden, da die Hauptgeschäftsstraße zum Teil unter Wasser steht. Das Regnhöhner Eisenwerk wurde zum Teil überschwemmt. Walzwerk, Kokeanlage und Hochdruckpartie mußten die Arbeit einstellen. Die Prims drang in die tiefer gelegenen Stellen der Dillinger Hütte ein, wodurch auch dieser Betrieb zum Stillstand gebracht wurde. Auf einigen gefährdeten Strecken mußte der Eisenbahnbetrieb eingestellt werden.

Freiburg i. Br., 10. Oktober. Da die seit einigen Tagen mit kurzen Unterbrechungen anhaltenden Regenfälle im Laufe der Nacht wieder auflebten, führen die großen Schwarzwaldflüsse wie Kinzig, Elz, Dreisam, Wiesle und Würz dem Oberrhein beträchtliche Wassermengen zu. Der Zustrom wird auch weiterhin anhalten, da sich auf den Höhen und beim Abfluß Wasserstauungen und damit nicht unbeträchtliche Ueberflutungen im Hochschwarzwald ergeben haben. Der Oberrhein ist in den letzten Tagen nach kurzem Rückgang am gestrigen Tage um 1,20 Meter gestiegen. Die Rheinnelle dürfte morgen das Strombett bei Rehl erreicht haben.

Katholiken, sammeln!

Betrachtet man das Wahlergebnis der Reichstagswahl vom 14. September nicht lediglich rechnerisch, sondern nimmt die Untersuchung des Wahlergebnisses an Hand einer Karte vor, so ergibt sich, daß das Anwachsen des Nationalsozialismus und des Kommunismus nicht in allen Teilen Deutschlands so stark ist, wie es ängstliche Gemüter darstellen. Seine stärkste Position konnte der Nationalsozialismus nur in Wahlkreisen erringen, die früher unter ausgeprägtem sozialistischem Einfluß standen wie zum Beispiel in Thüringen, Sachsen, Südhannover. Die Hauptvertretungsgebiete des Kommunismus zeichnen sich im Gegensatz zu denen des Nationalsozialismus durch räumliche Kleinheit aus: Berlin, Hamburg, Meerfeld und Zwickau sind die Zentren, die räumlich kaum hervortreten; auch die Bevölkerung umfaßt höchstens ein Fünftel des Reiches. Dieses Fünftel wiederum ist indessen höchstens zu einem Viertel kommunistisch. Die Nationalsozialisten haben nur in einem einzigen der 35 Wahlkreise ein Viertel der Wähler hinter sich, in vier noch nicht ein Sechstel. Auffallend ist, daß diese letzteren Wahlkreise überwiegend katholische Wahlkreise sind: Oberpfälzer, Niederbayer-Oberpfalz, Oberbayer-Schwaben, Rheinland-Süd und Mitte, Westfalen-Nord.

Der Katholizismus hat sich bei diesen Wahlen als stärkstes — und man muß leider auch sagen fast einziges — Bollwerk gegen die Radikalisierung von rechts und links bewährt. In keinem einzigen der 8 katholischen Wahlkreise erreichten beispielsweise die Kommunisten auch nur ein Fünftel der Stimmen, dagegen in 5 evangelischen Wahlkreisen.

Der Westen und der Süden des Reiches haben der Radikalisierung erfolgreichen Widerstand geleistet. Der Hauptfaktor dieses Widerstandes sind die beiden Parteien, die ihr bestimmendes Gepräge von der Weltanschauung des Katholizismus bekommen, Zentrums- und Bayerische Volkspartei.

Diese Feststellung ist auch für die Katholiken in Sachsen lehrreich. Es kann zwar mit Genugtuung hervorgehoben werden, daß alle seit der Staatsumwälzung vorgenommenen Wahlen in Sachsen eine stetige Vorwärtswendung und Aufwärtsbewegung der Sächsischen Zentrums- und Bayerischen Volkspartei als der politischen Vertretung der Katholiken erkennen lassen.

Diese Aufwärtsbewegung hat sich auch trotz aller Schwierigkeiten bei der letzten Reichstagswahl gezeigt, auch bei der Wahl, bei der doch alles von rechts bis links auf die Zentrums- und Bayerische Volkspartei einschlug. Auf die Zentrums- und Bayerische Volkspartei schlug man ein, den Katholizismus wollte man treffen. Auf all die üblichen Erscheinungen, die wir im Wahlkampf feststellen mußten, einzugehen, ist nicht mehr am Platze. In dem Bestreben, jedenfalls der Zentrums- und Bayerischen Volkspartei zu schaden, waren sich die sonstigen Gegner von rechts und links vollkommen einig. So erschien der Bund für Deutsche Kirche, der in seinem auch an unseren Kirchen verteilten Flugblatt sagt: „Wir kämpfen gegen eine Kirche, die sich als Zentrotin des internationalen Willens neben das deutsche Volk stellt; wir erstreben eine deutsche Kirche, die nur mit deutscher Zunge singt und redet, nur aus deutscher Seele betet, feiert und verkündet, die den Gott der deutschen Seele liebt und nicht fremden Götzen nachläßt.“ Er will die deutsche Kirche mit Ludendorff und den Nationalsozialisten. Also weg mit der katholischen Kirche, zu vor aber weg mit dem Zentrum!

In einigen katholischen Kirchen verteilte auch der Bund der religiösen Sozialisten ein vom Pfarrer Ebert in Mannheim herausgegebenes Flugblatt, in dem das Gerücht von der Volksgemeinschaft als leeres Geschwätz hingestellt wurde, in dem auch die Katholiken aufgefordert wurden, die Zentrums- und Bayerische Volkspartei zu verlassen und sozialistisch zu wählen, in dem behauptet wird, daß bei den Sozialisten sich Tausende guter Katholiken befinden, die sich bereits endgültig frei gemacht hätten von der katholischen Hierarchie!

Wenn alles das, durfte selbstverständlich auch die Deutschnationale Volkspartei nicht fehlen, deren Flugblatt, wohl eines der gehäßigsten überhaupt, die im Wahlkampf gegen die Zentrums- und Bayerische Volkspartei erschienen, merkwürdigerweise auch von einem Landeskatholikenausschuß Sach-

Die heutige Nummer enthält das St. Venno-Blatt, das Sonntagsblatt für die Diözese Meißen.

sen unterzeichnet wurde. In diesem Punkte schreibe man sich nicht zu sagen: „Wer nicht will, daß Christentum und Kultur in der roten Flut untergeht, der gibt dem Zentrum seine Stimme nicht. Wer nicht will, daß die deutsche christliche Kultur restlos verbolschewisiert wird, der gibt dem Zentrum seine Stimme nicht, weil das Zentrum mit seiner Koalition mit der Sozialdemokratie in Preußen zum Förderer des Kultur Bolschewismus geworden ist.“ Und das unterzeichnen Katholiken! Obgleich dieselbe Zentrumspartei erst kurze Zeit vorher das preussische Konkordat nach großen Schwierigkeiten, die besonders durch die Deutschnationale Volkspartei vermehrt wurden, zum Abschluß bringen konnte. Eine Tat, die der Zentrumspartei die Anerkennung der höchsten kirchlichen Stellen eingetragen hat. Wer ein solches Flugblatt unterzeichnet, entfernt sich von der katholischen Grundlinie, wie der Kardinal Faulhaber auf dem diesjährigen Katholikentag hinsichtlich derjenigen sagte, die das Konkordat ablehnen!

All diese Schwierigkeiten haben aber nicht vermocht, den Zugang weiterer Katholiken zur Zentrumspartei zu unterbinden. Alle Katholiken, die sich ihre Orientierung nicht aus den katholikenfeindlichen Tageszeitungen und Schriften holen, erkennen die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei mehr und mehr als die alleinige politische Vertretung des Katholizismus an.

Auch hier in Sachsen beginnt sich diese Ueberzeugung allmählich durchzusetzen. Und doch müssen wir sagen, daß mit Rücksicht auf die Katholikenzahl in Sachsen noch eine viel größere Steigerung der Zentrumstimmen möglich wäre! Es muß uns gelingen!

Wollen wir Katholiken in Sachsen zu politischem Einfluß kommen, so müssen wir zu einer viel stärkeren Sammlung der politischen Kräfte unter den sächsischen Katholiken kommen.

Wege und Richtlinien für diese Arbeit, die intensiv und in allen Orten Sachsens durchgeführt werden muß, sollen in der morgigen Sitzung des Landesvorstandes der Sächsischen Zentrumspartei, zu der alle Ortsgruppenvorsitzenden geladen sind, beraten werden.

Die Führer des politischen Katholizismus in Sachsen, Vertreter aller Stände, jung und alt, Priester und Laien werden über die Maßnahmen beraten, die ergriffen werden müssen, um die aus der katholischen Weltanschauung fließenden, für das öffentliche Leben auch unierer engeren Heimat unentbehrlichen Kräfte in der Zentrumspartei zu sammeln und zu organisieren. Mitarbeit an dieser Sammlung ist Pflicht aller, die erfüllt sind von Liebe zu Gott, Kirche, Volk und Vaterland!

Mißtrauensantrag

Die Nationalsozialisten gegen Dr. Brüning.

Die Nationalsozialisten haben sich anscheinend entschlossen, unter allen Umständen in die Opposition zu gehen. Der „Völkische Beobachter“ teilt jedenfalls mit, daß der nationalsozialistische Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning bereits vorliegt. Das Blatt fügt hinzu, die Nationalsozialisten wollten die Sozialdemokraten zwingen, zur Regierung und zu den Korrespondenzen Klipp und Klar Stellung zu nehmen. Denn Stimmhaltung der Sozialdemokraten bedeute den Sturz der Regierung.

Die Nationalsozialisten behaupten, sie wollten die politischen Methoden in Deutschland veredeln. Die erste Probe wird hier geliefert. Man begründet den Mißtrauensantrag damit, daß es nötig sei, die Sozialdemokratie herauszufordern. Also mit Taktik! Von einer sachlichen Begründung hört man nichts. Wenn das neue Methoden sein sollen, dann müßte man gerade ungerade sein lassen. Die erste Tat der Nationalsozialisten offenbart sich darin, daß sie sich die Methoden zu eigen machen, die sie im Wahlkampf zu bekämpfen vorgaben.

Die Stellungnahme der Sozialdemokraten.

Berlin, 10. Oktober. Zu dem Mißtrauensvotum, das die Nationalsozialisten gegen das Kabinett Brüning einbringen wollen, schreibt der „Vorwärts“, die sozialdemokratische Fraktion wisse, daß sie jederzeit imstande sei, mit den Nationalsozialisten und den Kommunisten eine Mehrheit der Regierung zu bilden. Ob und wann sie von dieser Möglichkeit Gebrauch mache, werde sie selber entscheiden. Die Sozialdemokraten werden im Reichstag weder die Politik Brünings, noch die Politik Gilets oder Thälmanns, sondern ihre eigene Politik machen.

„Reifung vor weiterem Verfall“

Der Deutsche Industrie- und Handelskongress zum Finanzplan.

Berlin, 9. Oktober. Der Deutsche Industrie- und Handelskongress beriet in seiner sehr zahlreich aus allen Teilen des Reiches besuchten Hauptversammlung unter dem Vorsitz seines Präsidenten Franz v. Wendelssohn die Stellungnahme zum Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung wie auch zur handelspolitischen Lage und ihren Erfordernissen. Der Ausschuss gelangte zu folgenden Entschlüsseungen:

Der Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung umfaßt nicht die Gesamtheit der volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Aber er ist als ein Anfang der Maßnahmen zu begrüßen, die zur Rettung vor weiterem Verfall in Arbeitslosigkeit, Kapitalverarmung und wirtschaftliche wie politische Wirren notwendig sind, wie auch als eine entscheidende Unterstützung einer Anbahnung der zur Gesundung der deutschen Volkswirtschaft und darüber hinaus der Weltwirtschaft unerlässlichen Revision der Reparationsverpflichtungen. In richtiger Erkenntnis der Zusammenhänge will der Plan die Gesteuerbelastungen in der deutschen Volkswirtschaft senken und die öffentliche Wirtschaft durch Sparmaßnahmen in Ordnung bringen. In der Tat kann allein auf diesem Wege ohne untragbare volkswirtschaftliche Verluste eine Senkung der Preise erreicht und der drückende Not der Arbeitslosigkeit mit dauerndem Erfolg entgegengetrieben werden. Diese Einheitlichkeit des Planes fordert, daß auch die persönlichen Kräfte in der Privatwirtschaft auf das mit der Erhaltung und Stärkung der Betriebe zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden. Weiter gefordert werden muß auch mit Nachdruck die notwendige Reform unseres Verfassungs- und Verwaltungsaufbaues. Die deutsche Handelspolitik muß weiter von der Erkenntnis getragen sein, daß die deutsche Volkswirtschaft nicht ohne starke Ausfuhr und demgemäß ohne starken Außenhandel bestehen kann. Das im Laufe der letzten sechs Jahre geschaffene Handelsvertragsystem hat sich in der Entwicklung der Ausfuhr, die freilich zum Teil durch Kapitalarmut und Verschuldung erzwungen war, grundtätig bewährt.

Britische Ostafrika-Pläne

Das Tanganjika-Mandat vor der Londoner Reichskonferenz

Deutschlands Einspruch

Die am 1. Oktober begonnene britische Reichskonferenz wird auch eine die deutsche Politik unmittelbar interessierende Frage wieder ins Rollen bringen. Der englische Plan, das Mandatland Tanganjika mit den benachbarten Kolonien Kenja und Uganda zu einer ostafrikanischen Union zusammenzufassen, wird von den Konferenzteilnehmern, sei es offiziell oder hinter den Kulissen, ohne Zweifel erörtert werden, zumal da die von Lord Delamere geleitete Abordnung der Anstrebler aus Kenja beim Beginn der Reichskonferenz in London eintraf, um namentlich durch Fühlungnahme mit dem südafrikanischen Ministerpräsidenten Hertzog eine wirksamere Opposition gegen die angekündigte liberale Eingeborenenpolitik der Labour-Regierung betreiben zu können. Nach den Londoner Besprechungen wird dann die angelegte große Debatte über die Unionsfrage in die Novembertagung der Mandatkommission des Völkerbundes kommen, worauf die Diskussion wieder nach London, in einen Vereinigten Ausschuss des Unter- und des Oberhauses („Joint Committee“), verlegt werden wird.

Es ist klar, daß die deutsche Regierung angesichts der nunmehr in ein entscheidendes Stadium tretenden Entwicklung des Problems nicht untätig bleiben kann. Die Prüfung des englischen Weißbuches vom Juni d. J. hat die verantwortlichen deutschen Stellen zu der Ueberzeugung geführt, daß die „Union“, wie sie heute vom Kabinett MacDonald geplant wird, nichts anderes bedeuten kann, als eine Absorption des Mandatgebietes durch das Britische Reich. Als die belgische Regierung 1925 die Geheesvorlage über einen engeren Anschluß des Mandatgebietes Ruanda-Urundi an Kongo eingebracht hatte, wurde deutscherseits ein formeller Protest erhoben. Die Erwartung ist berechtigt, daß auch Englands ostafrikanische Pläne gerade die letzte vorbereitende Phase nicht durchlaufen haben werden, ohne daß ein deutscher Protestschritt in London erfolgt ist.

Vor allem wird aber in dem neuen Verfassungsplan für Tanganjika—Kenja—Uganda eine „Kompetenz“ der Londoner Regierung festzuwahren, und damit allen künftigen Unstimmigkeiten Tür und Tor geöffnet. Durch Kabinettsorder wird danach jede Staatsaufgabe in den drei Schutzgebieten in das unmittelbare Zuständigkeitsbereich des Generalgouverneurs hin-

übernommen werden können. Auf diesem Wege könnte beispielsweise das Steuerwesen und der gesamte Haushalt dem Generalgouverneur überantwortet und dem Mandatsgebiet jede Finanzhoheit entzogen werden. Zur Lösung gesetzgeberischer Aufgaben auf den der Zentralgewalt übertragenen Gebieten soll dem Generalgouverneur ein Gesetzgebender Rat („Legislative Council“) zur Seite stehen. Die unter dem jetzigen Regime in Tanganjika theoretisch bestehende, tatsächlich freilich bisher nicht verwirklichte Möglichkeit, auch reichsdeutsche Siedler in den Rat zu berufen, wird in der neuen Körperschaft, die ihrem Wesen nach ein Organ des Britischen Reiches sein wird, erst recht nicht zur Auswirkung gelangen. Die Gefahr, die der englische Reformplan vom deutschen, aber ebenso sehr auch vom Standpunkt des Völkerbundes in sich birgt, läßt sich in wenigen Worten formulieren:

Gesetzgebung und Verwaltung werden in eine Entwicklungsrichtung gedrängt, die eine spätere Herauslösung des Mandatlandes aus dem Verbände des Empire so gut wie unmöglich machen und damit die Grundlage des Mandatregimes als einer zeitweiligen, im Auftrage des Völkerbundes ausgeübten Vormundschaft unterhöhlen muß.

Enger politischer Anschluß an das umliegende Gebiet der Mandatarmacht ließ sich bei den beiden anderen britischen Mandatgebieten, Togo und Kamerun — zwei schmalen Landstreifen —, aus praktischen Gründen nicht vermeiden. In Ostafrika, unserem großen früheren Schutzgebiet, liegen die Dinge ganz anders. Der deutsche Standpunkt wird ja auch insofern durch die Fassung des Mandatvertrages über Tanganjika gestützt, als diese Urkunde, anders als die übrigen Mandatverträge, beziehungsweise nicht den Satz enthält, wonach das Mandatsgebiet als ein „integrierender Teil“ des eigenen Staatsgebietes der Mandatarmacht verwaltet werden kann. Deutschland verlangt die Ausrechterhaltung der rechtlichen Selbständigkeit des Tanganjika-Gebietes, es steht auf dem festen Boden der allgemeinen Grundzüge des Völkerrechts und dem Völkervertrag über Tanganjika, und es braucht eine Anrufung des Haager Gerichtshofes nicht zu scheuen, wenn seinen Einwendungen gegen eine rechtswidrige Umgestaltung Ostafrikas nicht Rechnung getragen werden sollte.

Der Aufstand in Brasilien

Rücktritt des Präsidenten?

London, 9. Oktober.

Wie aus Rio de Janeiro gemeldet wird, soll der Präsident von Brasilien, Washington Luis, zurückgetreten sein. Eine Bestätigung dieser Meldung liegt jedoch noch nicht vor.

Weiter wird gemeldet, daß die brasilianische Flotte gemeutert haben und zu den Aufständischen übergegangen sein soll.

Paris, 9. Oktober.

Die Lage in Brasilien beurteilt der „Matin“ wie folgt: Aus der Ferne gesehen scheint der Ausgang des Kampfes zum Teil von der Haltung des Staates Sao Paulo abzuhängen. Nach den letzten Nachrichten kündigt man an, daß dieser Staat sich den regierungstreuen Elementen angeschlossen habe. Wenn sich diese Nachricht bestätigt, dann hat die reguläre Regierung noch einige Aussicht, die Lage zu ihren Gunsten zu beeinflussen, jedoch wächst in Rio de Janeiro die Beunruhigung, und die Treue zur Regierung läßt nach.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Montevideo sollen neun von den 20 brasilianischen Provinzen in die Hände der Aufständischen gefallen sein. Diese Nachricht stützt sich auf Berichte aus dem Lager der Aufständischen.

Jaunius zurückgetreten

Kowno, 8. Oktober.

Nach der Rückkehr des litauischen Außenministers Dr. Jaunius am Mittwoch vormittag fand beim Staatspräsidenten ein außerordentlicher Ministerrat statt. Nach Schluß der Sitzung sagte Dr. Jaunius sein Rücktrittsgesuch ein, das angenommen wurde. Man spricht jedoch darüber hinaus von einer Krise des Gesamtkabinetts.

Wemel, 8. Oktober.

Litauischerseits wird hier eine angeblich von zuständiger Stelle in Kowno stammende Meldung verbreitet, daß neben dem erfolgten Rücktritt des litauischen Außenministers Jaunius auch der litauische Gesandte in Berlin, Sidzikauskas, abberufen worden sein soll.

Der Rücktritt des Außenministers Jaunius kommt nach dem Ergebnis der Wemelbeschwerte und dem Verlauf der deutsch-litauischen und litauisch-polnischen Verhandlungen in Genf nicht überraschend. Nach dem Bekanntwerden der Genfer Ergebnisse, die in litauischen politischen Kreisen als eine Niederlage der litauischen Außenpolitik bezeichnet wurden, galt die Stellung von Jaunius als unhaltbar. Man wird nun abwarten müssen, ob sich die maßgebenden Herren in Kowno mit dieser Demonstration begnügen, oder ob sie auch weiterhin die Genfer Entschlüsse zu sabotieren gedenken. Die weitere Entwicklung der litauischen Kabinettskrise wird in dieser Hinsicht einige Aufschlüsse geben.

Kein Diplomatensticht bei Seipel

Wien, 8. Oktober.

Entgegen der von einer parlamentarischen Korrespondenz verbreiteten Nachricht, daß gestern Mitglieder des Diplomatischen Korps beim Außenminister Dr. Seipel erschienen seien, denen er beruhigende Erklärungen abgegeben habe, wird vom maßgebenden Seite erklärt, daß eine solche Aussprache nicht stattgefunden habe, und daß gestern überhaupt kein Mitglied des Diplomatischen Korps beim Außenminister erschienen sei. Außenminister Dr. Seipel halte es für gänzlich überflüssig, Erklärungen über die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung während der Wahlzeit und über die verfassungsmäßige Weiterentwicklung in Oesterreich abzugeben, da beides selbstverständlich sei.

Die Rheinlandfahrt des Reichspräsidenten

Wachen, 10. Oktober. Reichspräsident von Hindenburg trat

in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Weizsäcker heute vormittag 10.16 Uhr auf dem Hauptbahnhof in Wachen ein, wo sich zu seiner Begrüßung der Oberpräsident der Rheinprovinz Dr. Fuchs, Regierungspräsident Stiller, Wachen, Oberbürgermeister Dr. Rombach-Wachen, Generalleutnant Adenbach als Vertreter der Reichswehr, Reichsbahnpräsident von Guérard-Köln und andere hohe Beamte eingefunden hatten. Der Reichspräsident begab sich sofort zu seinem Wagen vor dem Bahnhof, vor welchem Eisenbahn- und Zollbeamte mit ihren Fahnen sowie die städtische Feuerwehrt eine tausendköpfige Menschenmenge Spalier bildeten. Beim Erscheinen des Reichspräsidenten schallten nicht endenwollende Huldruufe über den weiten Platz. Während der Fahrt des Reichspräsidenten durch die Stadt kreuzten fünf Flugzeuge in der Luft. Die mit Flaggen und Blumen geschmückten Straßen waren von dichten Volksmengen umfüllt. Vereine und Verbände mit ihren Fahnen bildeten auf dem ganzen Weg Spalier und brachten dem Reichspräsidenten, wo er erschien, begeisterte Huldigungen dar. Die Fahrt ging zunächst zur Technischen Hochschule. Auf deren Freitreppe hatten Rektor, Senat und Studentenschaft in vollem Stillschaltungsgewand.

Der Rektor der Hochschule, Professor Dr. Jan Rütcher, begrüßte den Reichspräsidenten mit einer Ansprache, in der er die Bedrückungen schilderte, unter denen die Hochschule in den Jahren der Besetzung, insbesondere während des Separatistenaufstandes, zu leiden hatte. Besonders dankbar, so schloß Professor Rütcher, sind wir für die Pflege und Förderung, die der Hochschule in all dieser schweren Zeit durch die vorgeleitete Regierung zuteil wurde. Das besondere Wohlwollen auch fernherhin dieser Stätte deutscher Kultur und die dem Reichspräsidenten bewahren an der Westgrenze bewahren zu wollen, ist die herzlichste Bitte aller ihrer Anhänglichen. — Nachdem der Reichspräsident mit kurzen Worten gedankt hatte, wurde die Fahrt nach dem Rathaus fortgesetzt.

* Eingabe des RVO. an Hindenburg. Die Verbandsleitung des Nationalverbandes deutscher Offiziere hat zugunsten der in Leipzig vorkommenden Reichswehrangehörigen den Reichspräsidenten in einer Eingabe gebeten, von seinem Begnadigungsgesetz Gebrauch zu machen.

* Grobfeuer in einer Hamburger Pappfabrik. In einer Groß-Vorstellung Pappfabrik brach heute nacht ein Riesengroßfeuer aus, das mit 22 hohen Gebäuden umschloß. Nach etwa zweistündiger angestrengter Arbeit hatten die Wehren das Feuer endlich in ihrer Gewalt. Ein großer Lagerraum wurde vernichtet, das Maschinenhaus und die Kesselanlagen sind stark beschädigt.

* Dreistündige Verspätung des D-Zuges Berlin—Köln. Heute früh gegen 5.30 Uhr entgleiten im Bahnhof Bönen bei Unna die beiden letzten Wagen des D-Zuges 6 Berlin—Köln. Personen wurden nicht verletzt. Der D-Zug erlitt eine Verspätung von etwa drei Stunden. Die Entgleisung ist darauf zurückzuführen, daß der Zug gegen 4.15 Uhr auf dem Bahnhof Bönen wegen eines Maschinenschlusses halten mußte. Beim Zurückgehen des Zuges kam es zur Entgleisung der beiden Wagen.

* Konferenz der deutschen und französischen Kommunisten-Fraktionen. Die kommunistische Humanität, Paris, berichtet, daß eine Konferenz der kommunistischen Fraktionen des Deutschen Reiches und der französischen Kammer stattgefunden habe. Im Verlauf dieser Konferenz soll ein gemeinsamer Kampf der beiden Fraktionen gegen den Youngplan beschlossen worden sein.

Wetterbericht der Dresdner Witterung

Witterungsaussichten. Meist schwache Winde vorzugsweise aus südlichen bis westlichen Richtungen. Hauptsächlich heiter, nach halter Nacht, tagsüber starke Erwärmung.

Kann ein Katholik Mitglied der nationalsozialistischen Partei sein?

Kirche und Nationalsozialismus

Im Organ der sächsischen Nationalsozialisten „Der Freiheitshampf“ befindet sich in Nummer 45 vom 22. September 1930 ein längerer Artikel, der mit „Zentrum“ überschrieben ist und von einem „Katholiken“ stammt.

Der „Katholik“ äußert sich eingangs seines Artikels in herabsetzender Weise über die Sächsische Volkszeitung und das St. Vennoblatt und beklagt sich dann darüber, daß den Katholiken immer und immer wieder nahegelegt wird, Zentrum zu wählen, aber niemals Nationalsozialisten.

Es war klar, daß deshalb die Katholiken, die es ernst meinen mit ihrer Weltanschauung, nur den genannten beiden Parteien ihre Stimme geben würden. Das Wahlergebnis hat dies ja auch aufs beste bewiesen.

Man braucht nur an einige im Volksmunde übliche Sprüche zu denken, um die Ausführungen des „Katholiken“ niedriger zu hängen. Ein schlechter Vogel, der sein eigenes Nest beschmutzt. Es sind die schlechtesten Früchte nicht, an denen die Wespen nagen.

Die bischöfliche Antwort

Bischöfliches Ordinariat. Mainz, 30. September 1930. Betreffend: Stellungnahme zur NSDAP. — Auf die Anfrage vom 27. September 1930. — Wir haben dem Pfarrer von Ritschhausen auf seine Anfrage, welche Stellung er gegenüber der NSDAP einzunehmen habe, die in Ihrem Bericht enthaltenen Anweisungen gegeben.

Bruchstück eines Lebens

Von Jakob Karinger

Ich bin im März geboren. ... Meine Eltern sind schlichte Leute. Der alte Vater läuft heut noch rund ums tägliche Weid und Brot. Immer, wenn mich die große Sehnsucht — bloß ein Stündlein heim treibt ins kleine Gartenwirtschaftshaus, sagt die Mutter: ... lecht hast du noch dein schwäbigen Mantel. ... Und der Vater schimpft: ... was tut denn der Lump schon wieder da. ... Ja, wie schön meine Eltern geträumt — hast, wie alle Eltern träumen.

im Staate, soweit sie nicht dessen Bestand gefährden.“ — Wir fragen: Welche religiösen Bekenntnisse gefährden den Bestand des Staates? Es hat eine Zeit gegeben, wo man in Deutschland die katholische Religion für staatsgefährlich hielt; es ist die Zeit des Kulturkampfes, in der sogenannte nationale Kreise die katholische Kirche mit allen Mitteln zu unterdrücken suchten.

Die sächsische Notverordnung

An den Rechtsauschuß verwiesen — Der neue Haushaltsplan 1930

Dresden, 10. Oktober. In der gestrigen Sitzung des Landtages, über deren Beginn wir bereits berichteten, nahm nach der Begründung des sozialdemokratischen Antrags auf Vorlegung einer Ausstellung über Steuererhöhungen und Erlasse in den Rechnungsjahren 1927/28 durch Abg. Dobbert (Soz.) zunächst der Abg. Dr. Troll (Vandl.) das Wort.

mentums, ohne sich konfessionell an ein bestimmtes Bekenntnis zu binden.“ — Wir fragen: Was ist hier unter positivem Christentum zu verstehen? Die Führer der NSDAP wollen einen deutschen Gott, ein deutsches Christentum und eine deutsche Kirche. Gottfried Feder sagt: Gewiß wird vereint auch das deutsche Volk eine Form finden für seine Gotteserkenntnis, sein Gotteserleben, wie es sein nordisches Blutsteil verlangt, gewiß wird erst dann die Dreieinigkeit des Blutes, des Glaubens und des Staates vollkommen sein“ (a. a. O. S. 49). Was hier gebordert wird, ist nichts anderes als eine deutsche Nationalkirche.

Notverordnungen

Es handelt sich um die Notverordnung über Minderung des Stempelsteuereffektes und über die Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1930 sowie um die anschließende von Finanzminister Richter begründete Notverordnung über die Sozialdemokratische Antrag einstimmig angenommen.

Eine Honorarprofessur für Staatsrecht

Wie der Amtliche Preussische Freirechtlich-mittelt. hat der Preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Grimm, im Namen der Preussischen Staatsregierung dem Staatsrechtler des Ministeriums für Volkswohlfahrt Dr. Ing. h. c. Dr. rer. pol. h. c. Scheidt, zum Honorarprofessor an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg ernannt.

Richard Strauß hat seinen 70. Geburtstag

Richard Strauß hat seinen 70. Geburtstag gefeiert. Der Komponist hat seinen 70. Geburtstag am 11. Oktober 1930 in München gefeiert.

Notizen

Die Lebensdauer der Missionäre behandelt ein Aufsatz von Vater Joseph Bernet in den Pariser „Etudes“.

Der Schuldanteil der Freimaurerei am Weltkrieg erfährt eine interessante Bestätigung durch die Tatsache, daß die „Große Landesloge der Freimaurer von Deutschland zu Berlin“ im Herbst 1927 eine Broschüre veröffentlichte mit dem Titel: „Auf den Pfaden der internationalen Freimaurerei“.

Zur Berufsausbildung

Im Jahre 1866, in einer Zeit, in der der Gedanke der fachlichen Ausbildung zum Kaufmannsberuf langsam zu reifen begann, wurde die älteste der in Dresden bestehenden Privat-handelslehranstalten, die Klemm'sche Handels-Schule gegründet.

Ergebnisse des Tages

Am Donnerstagnachmittag gingen einem in Rähnitz wohnhaften 68 Jahre alten Landwirt, als er mit seinem Pferdegespann die Kardeerallee durchfuhr, die Pferde durch den Landwirt wurde vom Wagen geschleudert und mußte bewußtlos mit Kopfverletzungen in die Diakonissenanstalt gebracht werden.

Ein Polizeibeamter auf der Straße angeschossen. Am Donnerstagnachmittag gegen 3.10 Uhr wurde in Radeberg der 53 Jahre alte Polizeihauptwachmeister Johannes Nagel auf der Straße angeschossen.

Grundsteuer. Am 15. Oktober 1930 ist die Grundsteuer und die gemeindliche Zuschlagsteuer hierzu auf den 3. Termin des Rechnungsjahres 1930 fällig.

Den Gefallenen zum Gedächtnis

Gefallenen-Ehrung durch Bischof Dr. Schreiber — Teilnahme des Reichswehrministers

Berlin, 9. Oktober

Deute fand in der Berliner Herestraße, der St. Johannes-Kirche, die Weihe des Ecce-Homo-Gedenkbildes für die gefallenen deutschen Heeresangehörigen statt.

Nach 12 Jahre sind vergangen seit dem Ende des Weltkrieges. Die Erinnerung an die Opfer, die wir während dem mehr als vierjährigen Ringen gebracht haben, ist mittlerweile fast verblaßt.

Es erübrigt sich, auf Einzelheiten einzugehen. Aber auf den Opfercharakter

Jeder dieser Einzelheiten will ich hinweisen. Oder war es nicht eine Tat höchsten Opfers, als der Krieger dem Rufe des Vaterlandes folgend, Haus und Herd, Eltern und Geschwister, die Gattin oder die Braut, die gewohnten Lebensverhältnisse verließ, um draußen im Feuerregen der Schlacht, unter dem Knattern der Maschinengewehre, unter dem Heulen der Granaten und dem unheimlichen Surren der Flugzeuge oder in der Enge der Schützengraben, in den Höhlen der Unterstände, auf einsamen Posten, in brennendem Hunger und Durst, nach furchtbaren Qualen der Verwundungen sein Leben zu lassen für das Vaterland?

Diese schließliche Hingabe des Lebens für das Vaterland hat jeder unserer gefallenen Krieger vollbracht, sie umfaßt das Haupt auch der gefallenen Soldaten, zu deren Ehrung wir hier versammelt sind.

Wir fragen nach den Beweggründen, aus denen diese Opferthat bei unseren im Weltkrieg gefallenen Soldaten herausgewachsen ist. Remarque hat in seinem umstrittenen Buche „Im Westen nichts Neues“ eine Anzahl von deutschen Soldaten des Weltkrieges dargestellt, die nach anfänglicher kurzer Begeisterung, nur unter dem Zwang der militärischen Disziplin, willenlos in das Räderwerk des Krieges eingeklemmt, ohne jede höhere sittliche oder religiöse Einstellung, getrieben von Hunger und Durst und sexueller Not, in Stunden der Ruhe dumpf hinbrütend über ihrem Schicksal, im Donner der Schlacht mit Kanonierinstinkten erfüllt, stets voll Verbitterung gegen die Vorgesetzten, untereinander in bester Ausdrucksweise im Menschlichen und Unmenschlichen sich bewegend, den Krieg mitmachen. Ihre Zahl ist gewiß groß, doch für die Beurteilung der Weltanschauung unserer gefallenen deutschen Soldaten im Weltkrieg ist in der Wirklichkeit nicht maßgebend.

In allen anderen deutschen gefallenen Kämpfern im Weltkrieg sind für Vollbringung ihrer Opferthat vor allem zwei mächtige Beweggründe lebendig gewesen:

Die Pflichttreue und die Volksoverbundenheit.

Der Zusammenhang der Kriegsurachen war ihnen veranschaulicht. Nur das eine stand ihnen fest, daß die Pflicht gegenüber dem Volk und dem Vaterland sie zu den Waffen rief, daß sie vor dem Feinde, auf Posten, im Schützengraben, im Unterstand, in der Schlacht unter dem kategorischen Imperativ der Pflicht standen. Dieser Pflicht auch in den schwierigsten Lagen und unter den größten Opfern bis zur Hingabe des Lebens die Treue zu bewahren, war der heilige Wille eines jeden einzelnen, der Entschluß zur unerlöschlichen Treue gegenüber der Pflicht vor eines ihrer Leitmotive.

In dieser Einstellung wurden sie gefestigt durch einen anderen noch stärkeren Beweggrund: das war das Bewußtsein der Verbundenheit mit dem Volke, für dessen Freiheit und Existenz sie litten und stritten, das war die Liebe zum Vaterland, zur Heimat, zu Haus und Herd, Weib und Kind, zur Braut, zu den Geschwistern, zu den Verwandten, zum ganzen Volke, an deren Grenzen der Feind stand, um mit seinen Millionenheeren Tod und Vernichtung in das deutsche Vaterland zu tragen. Durch diesen Geist der Heimatliebe, der Familiengemeinschaft, der Volksoverbundenheit erhielt die Pflichttreue jene feste Festigung, jene hingebungsvolle Ausdauer, jene verklärende Weihe, die wie eine Wision über den brennenden Dörfern und Weidensfeldern der Kriegsschauplätze sich emporhob.

Es mag sein, daß bei vielen Soldaten des Weltkrieges diese edlen Beweggründe der Pflichttreue und Volksoverbundenheit einen rein menschlichen Charakter trugen, ohne Verbundenheit mit der Religion, mit den religiös-sittlichen Anschauungen und Strebungen.

Aber der Großteil unserer Soldaten im Weltkriege war zweifellos religiös gesinnt.

viele von ihnen fanden zum Christentum, zur katholischen Kirche. Bei den Kriegern, zu deren Andenken wir uns hier versammelt haben, ist dies bestimmt der Fall gewesen. So denn ihre Pflichttreue und ihre Volksoverbundenheit emporgehoben in die Höhen des Gottesglaubens und der Jenseitshoffnung des Christentums, des katholischen Lebens. Wie oft wird ihnen insbesondere das Bild vor Augen erschienen haben, dem wir heute zu ihrem bleibenden Andenken die kirchliche Weihe geben wollen: das Bild des gekreuzigten Erlösers, um dessen Haupt die Dornenkrone sich windet! Wie er sollten sie vor der Vollbringung dieser Opferthat durch ein Meer von leiblicher und seelischer Not hindurchwaten, wie er sollten sie vor dem langen Kreuzesqualen ihren Geist in die Hände des Vatersgottes zurückgeben. Dieser Aufblick zum Ecce-Homo-Bild, zur Gestalt des lebenden und sterbenden Heilandes, war für sie die stärkste und unverfälschte Quelle der Kraft, des Trostes, des Heilens. Diese Vereinigung mit dem Heiland Jesus Christus, der gekommen war, Gottes Willen zu erfüllen durch den Opfertod zur Erlösung und Befreiung der Menschheit, hebt ihr Ringen und Kämpfen und Sterben für das Vaterland weit empor über die düsteren Niederungen, in denen die deutschen Soldaten des Remarque sich bewegten.

Diese Gesinnung unserer gefallenen Krieger ist auch die Gewähr für ihr glückliches Endschicksal. In jenseitiger Gemeinschaft, mit Gott, mit Christus, mit ihrer Kirche haben sie im Weltkrieg ihre Pflicht getan für des Volkes Sicherheit. In dieser Verbundenheit mit Gott, Christus und der Kirche haben sie ihr Leben gelassen, in dieser Verbundenheit sind sie hinübergegangen zu Gott, zu Christus, zur Gemeinschaft der triumphierenden Kirche im Himmel.

Uns haben unsere gefallenen Helden das teure Vermächtnis hinterlassen, daß wir, wie sie, am Volke unsere Pflicht erfüllen, für das Volk auch zu Opfertaten bereit sind, den Geist der Schicksalsgemeinschaft mit unserem Volke in uns bewahren und nach außen betätigen.

Durch ihre Opferthat in Pflichttreue und Volksoverbundenheit haben unsere gefallenen Krieger erreicht, daß das deutsche Vaterland von einigen Grenzstrichen im Norden, Osten und Westen abgesehen, deren Verlust uns überaus schmerzhaft ist, ungeteilt erhalten blieb. Trotz dieser herrlichen Taten und Gesinnungen haben sie es aber nicht erreicht, daß dem deutschen Volke das furchtbare Schicksal eines verlorenen Krieges mit allen seinen Folgen erspart blieb.

Aus ihren Gräbern, aus den Gefilden des Jenseits rufen sie uns zu: Seht euch alleamt ein für das deutsche Volk, damit es von den Wunden des verlorenen Krieges wieder genesen, wendet ihm zu die ganze Kraft eurer Opfergesinnung, eurer Pflichttreue, eurer Volksoverbundenheit. Durch Wort, Beispiel und Tat treibt hinaus aus unserem deutschen Volke den Geist der Zwietscherei, der Zersplitterung, des Klassenhasses, der ganz entgegengesetzt ist dem Geist der Solidarität, der Gemeinschaft, der Volksoverbundenheit. Treibt hinaus aus dem deutschen Volk den Geist der sittlichen Hemmungsllosigkeit; stärkt vielmehr in euch und in allen Volksgenossen den Geist der Pflichttreue im großen wie im kleinen. Unser deutsches Volk muß in allen seinen Gliedern, in allen seinen Schichten wieder zurückkehren zur Ehrlichkeit, zur Wohlankündigkeit, zur Arbeitsamkeit, zur Wahrhaftigkeit, zu Sparsamkeit, zu strenger Zucht und Sitte. Ohne diese innere Erneuerung ist ein wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Aufstieg unseres darniederliegenden Volkes auf die Dauer unmöglich.

Diejenigen aber unserer gefallenen Helden, die als gottgläubige und christliche Männer gekämpft haben und gefallen sind, sagen uns noch ein weiteres ernstes Wort. Es ist dieses: Haltet fest am Gottesglauben, an der Jenseitshoffnung, am Christentum, und bietet alles auf, daß der Geist der Religion und des Christentums in unserem deutschen Volke aller Orten wieder lebendig werde, wache und erstarke. Denn die Geschichte hat gezeigt, daß in der Religion und im Christentum die stärksten Quellen der Volkstreu und Volksgewandtheit liegen, wofür die Befekner der Religion und des Christentums wirkliche Tathelfen sind, die in ihrem privaten und öffentlichen Leben voll und ganz Ernst machen mit dem Christentum!

Wir danken euch, ihr heldenhaften Krieger, für eure Gabungen: wir werden sie befolgen. Wir danken euch für eure in Pflichttreue und Vaterlandsliebe vollbrachte Opferthat: sie wird immer leuchtend vor Augen stehen. Wir verüben euch unseres heiligen weihenollen Gedankens, Ruhest aus im Frieden und in der Freude Gottes.

Leipzig und Umgebung

Weihe des Nihilisch-Denkmal

Leipzig, 10. Oktober

Am Sonntag, den 12. Oktober, um 12 Uhr wird am Leipziger Gewandhaus, der Stätte, an der Arthur Nihilisch jahrelang gewirkt hat, das Denkmal des unermüdeten Gewandhausdirektors feierlich enthüllt werden.

Der Fehlbetrag der Ipa. Die Internationale Pelzauktion hat einen Fehlbetrag von 720 000 Mark ergeben. Die Garantiescheine, nämlich die Stadt, der Kaufmannhandel und die Leipziger Banken zusammen, werden je 300 000 Mark aufzubringen haben.

Der Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen in Leipzig hatte am Sonnabend, den 4. Oktober 1930, aus Anlaß des 10 jährigen Bestehens der Ortsgruppe seine Mitglieder und deren Angehörige zu einer städtischen Feier im „Lebenmännerhaus“ eingeladen.

gruppe Leipzig, Pass, auf die Bedeutung dieses Tages hin. Der Bezirksleiter, Rowach, Leipzig, schilderte in seinen Ausführungen die Schwierigkeiten, unter denen es möglich war die Ortsgruppe zu der Stärke zu bringen, die sie heute darstellt.

7658 ABC-Schüler. Für kommende Ostern sind in Leipzig 3868 schulpflichtige Knaben und 3791 Mädchen, also zusammen 7659 ABC-Schüler, angemeldet worden, davon 5421 für den Religionsunterricht und 2032 für den Unterricht in Lebenskunde.

Die Arbeitslosigkeit steigt weiter. In der ersten Septemberhälfte ist die Zahl der Arbeitslosen im Leipziger Bezirk um rund 1300 auf 70 000 gestiegen. Die Zunahme war im Verhältnis immerhin in diesen 14 Tagen nicht ganz so stark wie im gesamten Reichsgebiet.

Die sächsischen Heeresgrundstücke. Die sächsische Regierung hat dem Landtag eine Vorlage über die Auseinandersetzung zwischen Sachsen und dem Reich über die Eigentumsverhältnisse an den ehemaligen sächsischen Heeresgrundstücken unterbreitet. Die Vorlage hat bereits dem aufgelösten letzten Landtag vorgelegen, so daß es nicht nötig ist, die Einzelheiten dieser Verständigung zwischen Reich und Sachsen zu wiederholen.

